

Regierungsratsbeschluss

vom 31. Oktober 2005

Nr. 2005/2222

KR.Nr. SGB 118/2005 **PB 20**

**Legislaturplan 2005 – 2009 und Vollzugskontrolle zum Regierungsprogramm 2001 – 2005;
Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag der Fraktion SP/Grüne vom 6. Oktober 2005 (VWD02)**

1. Antragstext

Die Fraktion SP/Grüne beantragt folgenden Planungsbeschluss:

Unter dem Wirkungsziel 3.2.2 «Missbräuche verhindern» soll der Standard lauten:

Standard: 500 Kontrollen pro Jahr

2. Begründung (Antragstext)

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Gemäss Art. 7 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen für in die Schweiz entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und flankierende Massnahmen (BGS 823.20) sind für die Kontrollen bezüglich der Einhaltung der Bestimmungen eines allgemein verbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrages die von den mit der Durchsetzung des Gesamtarbeitsvertrages betrauten paritätischen Organe zuständig. Für die nicht einem allgemein verbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag unterstellten Entsandten sind hingegen die kantonalen Kontrollorgane zuständig. Im ersten Halbjahr 2005 haben insgesamt 2'019 ausländische Personen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, als entsandte Arbeitnehmende (1'394), selbständige Dienstleistungserbringer (112) oder als Kurzaufenthalter bis 90 Tage bei einem Schweizer Arbeitgeber (513) im Kanton Solothurn tätig zu sein. Unsere ersten Erfahrungen zeigen, dass etwa 10% der Entsandten nicht einem allgemein verbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag unterstehen und so durch die kantonalen Organe zu kontrollieren sind. Geht man also davon aus, dass jährlich etwa 4 - 5'000 Personen als Entsandte in den Kanton Solothurn gelangen, stellen bereits 200 von den kantonalen Organen durchgeführte Arbeitsmarktkontrollen eine sehr hohe Kontrolldichte dar. Im Sinne einer rollenden Planung sind wir aber gerne bereit, diesen Indikator aufgrund veränderter Bedingungen im Budget „Wirtschaft und Arbeit“ jährlich zu überprüfen und allenfalls anzupassen.

4. Antrag des Regierungsrates

Ablehnung.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Spezialkommission

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement
Amt für Wirtschaft und Arbeit
Aktuarin Spezialkommission (scs)
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat